

Abg. Leuning führte aus, das Thema sei nicht neu. Dennoch habe es jetzt durch die Vereinbarungen im neuen Bonner Koalitionsvertrag noch einmal „an Fahrt aufgenommen“. Der Verkehr in die Stadt Bonn hinein werde immer schwieriger und das sei weniger ein Problem der Bonner, sondern vielmehr der Einpendler aus dem Rhein-Sieg-Kreis. Deshalb müsse das Umsteigen auf den ÖPNV so attraktiv wie möglich gemacht werden. Hierzu gehöre auch, mehr P & R-Plätze an den zentralen Einfahrtsachsen nach Bonn zu bauen. Es sei zwar richtig, das Gutachten des NVR abzuwarten. Seine Fraktion halte es aber für sinnvoll, dass der Kreis hier koordinierend tätig werde und die Verwaltung mit der Erstellung eines Rahmenkonzeptes beauftrage.

Abg. Krauß bekräftigte die Bedeutung von P & R-Plätzen und darüber hinaus von Mobilstationen. Damit könne in der Tat ein Anreiz zum Umsteigen auf den ÖPNV geschaffen werden. Die meisten Pendler würden allerdings über die Stadtgrenze hinausfahren, dort mit ihren abgestellten Fahrzeugen die Wohngebiete verstopfen, um dann den deutlich günstigeren 1 b-Tarif zu nutzen. Wenn ein anderes Tarifsysteem eingeführt werde, ändere sich auch die Situation für die P & R-Plätze. Das sollte noch abgewartet werden. Insofern halte er es für verfrüht, heute schon eine Entscheidung zu treffen.

Abg. Becker wies darauf hin, dass der Antrag die Zielvorgabe beinhalte, bis Ende 2022 1.000 neue P & R-Plätze an zentralen Bus- und Bahnhofstestellen zu schaffen. Das bedeute 50 Stellplätze/Kommune, wobei die Kommune die Planungshoheit habe. Das NVR-Gutachten, das im 1. Quartal nächsten Jahres vorgelegt werden solle, müsse dann auch mit den Kommunen abgestimmt werden. Bis Ende 2022 1.000 zusätzliche P & R-Plätze zu fordern, sei nicht realistisch und nach seiner Auffassung auch nicht möglich. Denn eine solche Entscheidung habe jedes Mal mit Flächenversiegelung, mit Konkurrenzen zu Fahrradabstellflächen und auch mit Überlegungen zu Mobilstationen zu tun. Deshalb könne seine Fraktion dem Antrag heute so nicht zustimmen.

Abg. Tendler bemerkte, die Koalition schaue heute nur auf Zuständigkeiten. Es gehe doch darum, den Anreiz zum Umstieg auf den ÖPNV zu erhöhen. Die Situation sei in den Kommunen sehr unterschiedlich. In den Gemeinden Eitorf und Windeck habe man durch die Schaffung von P & R-Plätzen erreicht, dass viele Autofahrer auf die Bahn umsteigen. Ziel sei es schon immer gewesen, gute Voraussetzungen für den Umstieg auf den ÖPNV zu schaffen. Zielvorgaben seien nach seiner Auffassung ebenso richtig, wie die Koordination durch den Kreis.

Abg. Becker stellte klar, es habe sich keiner gegen P & R-Plätze ausgesprochen. Nur eine Zielvorgabe von 50 Plätzen/Kommune sei unrealistisch. Gerne könne man sich darauf verständigen, mehr P & R-Plätze zu schaffen. Wenn das Gutachten des NVR vorliege, könne man schauen, ob und wie der Kreis eine Umsetzung unterstützen könne.